

5. November 2015

Pressemitteilung

Neonazis demonstrieren am Jahrestag der Reichspogromnacht

In den letzten Wochen erhöhte sich die Schlagzahl der öffentlichen Aktionen der extremen Rechten nochmals deutlich. Hierbei tritt die Szene immer gewaltbereiter auf, vereinnahmt historische Daten, bricht Tabus.

Seit August erhöhten verschiedene Gruppen von rassistischen Asylgegnern die wöchentliche Frequenz der Aufmärsche deutlich. In den letzten Wochen steigerte sich die Anzahl von Demonstrationen und Kundgebungen mit asylfeindlicher Ausrichtung auf bis zu sechs derartige Versammlungen pro Woche (42. Kalenderwoche).

Wichtig scheint den Organisator_innen auch die Anmeldung von Versammlungen an besonderen historischen Daten zu sein. So fand am 20. April, dem Geburtstag Adolf Hitlers, ein THÜGIDA-Marsch in Eisenberg statt. Am 17. August, am für die extrem rechte Szene wichtige Todestag von Rudolf Heß, fanden in Nordhausen, Suhl, Erfurt und Eisenberg gleich vier Demonstrationen des THÜGIDA-Organisator_innenkreis statt. Am 3. Oktober meldeten drei extrem rechte Organisationen Demonstrationen in Jena an. Eine weitere Demonstration war von einem extrem rechten „Hooligans gegen Salafisten“-Ableger (Hogesa) in Nordhausen veranstaltet worden.

Am kommenden Montag, dem 9. November, sind wieder drei Aufmärsche angekündigt. In Nordhausen verantwortet die neonazistische „Volksbewegung Nordthüringen“ eine Demonstration, in Apolda findet zeitgleich die wöchentliche THÜGIDA-Demonstration statt und für Bad Salzungen bewirbt die NPD eine Versammlung eines „Bündnisses für Demokratie und Sicherheit“. Am 9. November wird in Deutschland bekanntlich neben der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze (1989) auch der Reichspogromnacht (1938) gedacht.

„Dass verschiedene Behörden in Thüringen in diesem Jahr Versammlungsanmeldungen an historisch sensiblen Daten durch Akteur_innen der neonazistischen Szene weitgehend widerstandslos hinnehmen, interpretieren diese als ein deutliches Zeichen der Schwäche“, resümiert Stefan Heerdegen von der Mobilen Beratung in Thüringen (MOBIT). „Während in den letzten Jahren Zivilgesellschaft und Verwaltung bemüht waren, Neonazis an der Besetzung und Umdeutung historischer Daten zu hindern, gelingt dies aktuell nicht mehr.“ Dies weist den Bruch gewachsener Tabus momentan sehr deutlich aus.

Rückfragen an Stefan Heerdegen unter: 0151-12129036